Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1874

28.3.1874 (No. 74)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 28. März.

№ 74.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, **Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.**
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

1874.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands, des Elsasses und der Schweiz fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden, durch die Post bezogen, Briefträgergebühr eingerechnet, vierteljährlich 2 fl. 7 kr.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben unterm 21. d. Mts. gnädigst geruht, den Oberzollinspektor Chr. **Kromer** in Lörrach auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters und körperlicher Leiden, unter Anerkennung seiner langjährigen und treuen Dienste, in den Ruhestand zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Berlin**, 26. März. Ueber das Befinden des Reichskanzlers erfährt die „Nordd. Allg. Ztg." Folgendes: Der Fürst Reichskanzler hat weniger gut geschlafen als in den vorhergehenden Tagen; die Schmerzen sind gering, die Kräfte nehmen zu, der Appetit ist besser geworden, der Zustand des kranken Beines erlaubt das Aufstehen noch nicht so bald. Betreffs der Aussichten auf die Genesung des Fürsten schreibt dasselbe Blatt: „In der Krankheit des Reichskanzlers ist der kritische Moment zwar glücklich überstanden, aber seitdem hat sich herausgestellt, wie tief das Leiden gegriffen hatte. Wenn von seinen Nachwirkungen auch keine Gefahr zu besorgen ist, läßt sich doch noch gar nicht absehen, wann der Fürst im Stande sein wird, das Bett zu verlassen. Die Neigung, Nahrung zu sich zu nehmen, fehlt noch immer und der Schlaf ist ohne künstliche Mittel nicht zu erreichen. Nach der Ansicht der Aerzte wird der Fürst ein Bad aufzusuchen haben, sobald er reisefähig sein wird, wozu aber nach seinem gegenwärtigen Zustand vor Juni wenig Aussicht ist. So niederschlagend diese Nachricht auf die Verehrer des Fürsten und die Freunde einer stetigen Entwicklung und kräftigen Gestaltung des Reiches wirken wird, so wenig haben wir geglaubt, sie gerade diesen vorenthalten zu dürfen. Es ist nothwendig, sich über die Lage klar zu werden, anstatt sich mit der Möglichkeit zu tragen, daß der Reichskanzler in einigen Wochen wieder geschäftsfähig sein werde.

† **Berlin**, 26. März. Das 5. Heft des **Generalstabs-Werks** über den französischen Krieg ist heute ausgegeben worden.

† **Wien**, 26. März. Die „Börsenkorrespondenz" erhält von authentischer Seite die Bestätigung ihrer früheren Mittheilung, daß das Debitorenconto der **Kreditanstalt** größtentheils aus Forderungen an das Aushilfskomité, an die ungarische Regierung und aus noch nicht ganz abgewickelten Geschäften besteht. Die ungarische Regierung habe seit Beginn des Jahrs den ganzen Schuldenbestand an die Kreditanstalt getilgt und das Aushilfskomité mehr als die Hälfte der von der Kreditanstalt geliehenen Summen zurückerstattet. Der Debitorenstand sei heute sonach wesentlich geringer als Ende 1872, wo er 97 Millionen betrug. Die „Börsenkorrespondenz" erfährt ferner, daß der ungarische Finanzminister die Auszahlung der Coupons der Prioritäten der **ungarischen Ostbahn** in Thalerwährung angeordnet habe.

† **Bern**, 26. März. Der **Bundesrath** hat den Rekurs der Ultramontanen gegen die Internirung der renitenten Geistlichen des **Jura** abgewiesen.

† **Paris**, 26. März. Gegenüber anderweitigen Börsengerüchten wird von unterrichteter Seite mitgetheilt, daß das **Vorschußgeschäft** von 40 Millionen zwischen der Türkei und der aus der Banque d'Escompte, der Banque Ottomane und den Bankhäusern Hendsch und Hirsch bestehenden Gruppe noch nicht unterzeichnet, aber dem Abschluß nahe sei. Die Ratifikationen der Konventionen mit dem Credit mobilier sind aus Konstantinopel noch nicht angelangt.

Deutschland.

Karlsruhe, 27. März. Das **Gesetzes- und Verordnungsblatt** Nr. 12 vom 26. d. Mts. enthält das **Gesetz**: die Anlage und den Betrieb der Dampfkessel betreffend, und eine **Verordnung des Handelsministeriums**: die Anlage und den Betrieb der Dampfkessel betreffend.

⁂ **Straßburg**, 26. März. Die Expedition der „Straßburger Zeitung" nimmt heute endlich nach langem Stillschweigen, wir glauben mit Recht, das Wort, um die übertriebenen Reklamen der beiden andern hier erscheinenden Blätter großen Formats bezüglich ihrer Abonnentenzahl auf das richtige Maß zurückzuführen. Das „Elsässer Journal" behauptet in zahlreichst ausgegebenen Zirkularen, es habe, „trotz der kurzen Zeit seines Bestehens, die größte Abonnentenzahl von **allen** hier erscheinenden Blättern"; über den „Niederrh. Kurier" macht Rudolf Mosse's neuester Zeitungskatalog eine Ziffernangabe, die, wie wir heute auf Grund eingezogener verlässiger Mittheilungen erfahren, die Wahrheit mindestens mit vier multiplizirt. Dem gegenüber stellt die „Straßburger Zeitung" einfach fest, daß ihre Auflage größer ist als die des „Els. Journals" und des „Niederrheinischen Kuriers" **zusammengenommen**. Eingeweihte schätzen die Abonnentenzahl der „Straßb. Zeitung" auf 2400 und fügen hinzu, daß sich deßhalb die Expedition dieses Blattes bei ihrer vergleichenden Behauptung noch **sehr** bescheiden ausgedrückt hat. Von den Vortheilen, welche das eine Blatt der Natur der Sache nach vor den andern voraus hat, ist dabei nicht zu sprechen, sondern es handelt sich eben um Zahlen. Nach den hierländischen Verhältnissen und bei dem obwaltenden geringen Lesebedürfnisse gilt durchschnittlich ein Abonnement von 1000 Auflage schon für etwas Erhebliches. Der Preis der hierländischen großen Blätter ist darum auch ein viel höherer als im übrigen Deutschland, wie wollten sie sonst bestehen? — Heute erfuhren wir, daß eine Verständigung der **suspendirten Gemeinderäthe** ziemlich nahe daran ist, zu Stande zu kommen. Da die Suspensionsfrist mit dem 15. April abläuft, so muß man gestehen, daß da wieder einmal stark auf die osterprobte Geduld der Regierung gesündigt wird.

H **München**, 26. März. Das katholische Kasino in **Freising** hat einstimmig beschlossen, an den Vertreter des Wahlbezirks Freising-Ingolstadt im Reichstag, Frhrn. v. **Aretin**, die Bitte zu stellen, dem Antrage des Vorstandes des bayrischen patriotischen Bauernvereins: den Reichstag nach einem Protest gegen die neue Gesetzesvorlage, betreffend die Verbannung der Geistlichen, zu verlassen, eine Folge nicht zu geben, sondern im Kampfe auszuharren. „Dieser Beschluß," meint der „Bayer. Kur.", „entspricht gewiß dem Willen der übergroßen Mehrheit der kathol. Wähler."

* **Berlin**, 25. März. (B. Bl.) Ueber die **Bundesraths-Verhandlungen** betreffend die Ausweisung 2c. bestrafter und ungehorsamer **Kirchendiener** wird nachträglich noch bekannt, daß außer Reuß älterer Linie auch die beiden mecklenburgischen Regierungen gegen den Entwurf gestimmt haben, der Vertreter der oldenburgischen Regierung sich aber Mangels Instruktion der Abstimmung enthalten hat. Mecklenburgischer Seits war beantragt worden, das Gesetz auf katholische Geistliche einzuschränken, was abgelehnt wurde. Die Aenderung des Ausschußantrags, welche die Strafe der Expatriation nur auf solche Kirchendiener zuläßt, welche durch gerichtliches Urtheil des Amtes entsetzt ist, geschah auf Antrag der bayrischen Regierung. Weitere Anträge des bayrischen Bevollmächtigten gegen die Ausweisung schon nach der Einleitung der Untersuchung wurden abgelehnt. Einverstanden war man im Bundesrath allerseits, daß die Befugniß der Landes-Polizeibehörde zur Versagung oder Anweisung des Aufenthalts in bestimmten Orten und Bezirken lediglich auf das Gebiet desjenigen Staates beschränkt sei, dem die anordnende Behörde angehört. — Ein so eben erschienenes Verzeichniß der noch nicht erledigten Vorlagen des **Abgeordnetenhauses** weist im Ganzen — 56 Nummern nach! Davon sind 32 Regierungsvorlagen, 13 Anträge und 11 von den Fachkommissionen erstattete Petitionsberichte. Unter den Regierungsvorlagen sind von besonderer Wichtigkeit der Bericht der Spezialkommission über das Eisenbahn-Konzessionswesen, das Expropriationsgesetz, das Vormundschaftsgesetz, das Fischereigesetz, das Gesetz über Betheiligung der Beamten an Aktiengesellschaften 2c., die Provinzialordnung, die Depositalordnung, das Gesetz über die Anlage von Eisenbahnen, das Synodalgesetz, die Eisenbahn-Anleihe von 50,600,000 Thlr., die Gesetzentwürfe zur Deklaration des Gesetzes über Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer.

* **Berlin**, 25. März. Ueber die Verhandlungen der **Militärkommission** sagt die „Prov.-Korr.":

Die Kommission für das Militärgesetz hat auch in der zweiten Lesung einen Beschluß über die Höhe der Friedensstärke der Armee, welche in dem Gesetzentwurf (entsprechend der Bestimmung der Reichsverfassung) auf 401,659 Mann angesetzt ist, nicht gefaßt. Bei der letzten Berathung erklärte der Kriegsminister, daß ohne die ausdrückliche Feststellung der Friedensstärke das Gesetz für die Reichsregierung keinen Werth habe. Dieselbe habe ihren Standpunkt klar gelegt und die erwähnte Zahl sowohl, als die höchste (Maximal-), wie auch als die grundsätzlich maßgebende (Normal-) Zahl näher begründet. Der bis-

---

⊗ John Carlyon.

(Schluß aus Nr. 73.)

Agnes setzte sich ohne Widerrede neben Carlyon. Sie war überzeugt, daß dieser gekommen war, um ihr offen, wie ein Mann von Ehre, Aug' in Aug' zu sagen, daß ein Carlyon zu stolz sei, um ein Mädchen als Gattin heimzuführen, das einen falschen Namen trage, weil ihr wahrer Name mit Schmach befleckt sei. Bleich und still, mit wild pochendem Herzen und niedergeschlagenen Augen harrte sie auf diesen Ausspruch, wie ein Verbrecher mit Ergebung auf sein Todesurtheil wartet.

„Unser vortrefflicher Freund dort," hub Carlyon langsam an, „hat ein von Ihnen abgefaßtes Schriftstück in meine Hände gelegt, das mir Aufschluß über gewisse Privatangelegenheiten — Ihre Familie betreffend — geben soll. Er that dies, wie ich fest überzeugt bin, in bester Absicht, allein er kannte mich nicht — ich glaube, Sie, Agnes, hätten mich, wären Sie an Dr. Martin's Stelle gewesen — besser gekannt, Sie hätten gesagt, wie ich hoffen und glauben will, Carlyon wird dieses Schreiben niemals lesen. Hier ist's, Agnes, mit unverletztem Siegel. Wenn das Geheimniß, das es enthält, ein Unglück ist, dem abzuhelfen oder das zu lindern in meiner Macht liegt, so will ich's von Ihren Lippen vernehmen — ist's das nicht, so lassen Sie es Ihr Geheimniß bleiben. Welcher Art es auch sein mag, die Kenntniß desselben vermöchte weder meine tiefe Liebe zu Ihnen zu erkalten, noch meine heiße Hoffnung zu vernichten, daß Sie mein Weib werden. Ich will's nicht wissen. So wie die Mittheilung eines Geheimnisses gewöhnlich der Beweis der wahren Liebe des Weibes ist, so lassen Sie die Bewahrung desselben im tiefsten Schrein Ihres Herzens den Beweis Ihrer Liebe für mich sein. Nehmen Sie den Brief — verbrennen Sie ihn, und wenn er verbrannt ist, dann seien Sie überzeugt, daß die Spur seines Vorhandenseins dadurch nicht vollständiger vertilgt ist, als jeder — der leiseste Argwohn, was es gewesen sein könnte, in meiner Brust erloschen sein wird. Agnes, theure Agnes, Sie haben mich bereits mehr beglückt, mir mehr Segen gebracht, als Worte zu sagen vermögen, demungeachtet verlange ich noch mehr. Reden Sie, sagen Sie mir: wollen Sie mein Weib werden?"

Es kam keine Antwort über ihre Lippen, aber das schöne, zu Carlyon aufgeschlagene Auge sagte ein beredtes „Ja".

„Wahrhaftig," murmelte Dr. Martin, nachdem er eine geraume Zeit geduldig zum Fenster hinaus gestarrt hatte, „ich will mich hängen lassen, wenn die Beiden meine Anwesenheit nicht ganz vergessen haben. Mr. Carlyon," sagte er, sich räuspernd, in lauterem Tone, „ich habe noch andere Patienten als Sie und die junge Dame — denn ich glaube, ich habe ihr 'was verschrieben und zwar mit großem Erfolg — und kann meine Pferde nicht den ganzen Tag vor der Thüre stehen lassen. Also kommen Sie, 's ist Zeit zum Fortgehen. Meine liebe Miß Agnes — welche ich um Erlaubniß bitte, ihr von ganzem Herzen zu gratuliren — Sie können keinen besseren Gebrauch von Ihrer nunmehr erlangten Obergewalt machen, als dem kranken Mann zu befehlen, sich heim zu begeben."

„Mein lieber Freund," erwiederte Carlyon lachend, „ich will Ihnen sagen, was Sie am besten thäten, wenn Sie noch andere Patienten haben als mich und Agnes — gehen Sie und sehen Sie nach diesen und alsdann kommen Sie zurück und holen Sie den kranken Mann. Ich versichere Ihnen jedoch, daß ich mich wohler fühle als je in meinem Leben und in sehr sicherer Obhut."

Der gute Arzt lachte herzlich, ließ Patient und Pflegerin ohne weiteren Einspruch beisammen und begab sich auf seine Rundfahrt.

Kapitel XXX.

Die erste Person, welche Carlyon von seiner bevorstehenden Heirath mit Agnes benachrichtigte, war seine Schwester. Dieselbe schrieb ihm einen Brief, der halb mit guten Wünschen, halb mit guten Rathschlägen angefüllt war, welch letztere auf das einzuführende Sparsystem in seinem neuen Haushalt Bezug hatten, „denn," schrieb sie, „was dein geistiges Wohl anbelangt, so könntest du keine bessere Lehrerin gewählt haben, was dagegen die Geld- und Haushaltungsangelegenheiten anbetrifft, so hat sie ein wahrhaft strafbares Verschwendungstalent.

An Dr. Carstairs konnte sich Carlyon nicht versagen im Uebermaß seines Glückes eine Trauerkarte zu senden, auf deren einer Seite stand:

„Freunde des John Carlyon, Squire von Woodleß, werden hiermit benachrichtigt,"

und auf der andern:

„Daß derselbe im nächsten September sich mit Miß Agnes Crawford verheirathen wird."

Er erhielt in Erwiederung die uneigennützigsten Glückwünsche des gutmüthigen Doktors und einen Vorrath von Neuigkeiten vom Lande. „Ich bedauere, Ihnen mittheilen zu müssen," schrieb er unter Anderm, „daß der unersättliche Sand wieder ein Opfer gefordert hat: Stephan Millet ist gestern todt aufgefunden worden. Näheres noch unbekannt."

— **Dresden**, 22. März. (**Eine neue Oper.**) Der „Allg. Ztg." wird geschrieben: „In unserm Hoftheater gelangten gestern „**Die Folkunger**", eine große Oper in fünf Akten mit Text von S. H. Mosenthal und Musik von Edmund Kretschmer, zur erstmaligen Aufführung. Dieselbe rechtfertigte vollkommen die hohen Erwartungen, welche man gehegt hatte. Ist doch der hier als Hoforganist angestellte Tondichter, Schüler Jul. Otto's und Joh. Schneider's, ein bereits rühmlichst bekannter Komponist, dessen Werke, wie die „dreistimmige Messe" und das Tonstück „die Geisterschlacht", schon mehrfach mit Preisen gekrönt wurden. Wirklich ist die von jeder Effekthascherei freie, durchweg den Stempel ernstesten Strebens und großer Begabung an sich tragende Musik reich an schönen Melodien. Dazu kommt, daß das, nur etwas zu breit angelegte Libretto eine ganz vorzügliche Dichtung ist. Auch die äußerliche Ausstattung der Oper war eine glänzende. Kein Wunder, wenn sie bei dem sehr zahlreichen Auditorium den durchschlagendsten Erfolg hatte."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

herige Zustand unter dem Pauschquantum sei ein Nothstand gewesen, dessen Verlängerung mit dem Gewissen der Verwaltung nicht länger verträglich sei. Gegen den Standpunkt, neben der obigen Normalziffer noch eine durchschnittliche niedrigste Zahl festzustellen, hätten sich seine Kommissarien nicht abweisend verhalten, vorausgesetzt, daß die Zahl entsprechend sei. Eine Zustimmung zu Vorschlägen der Art könne der Lage der Dinge nach aber nicht im Voraus ohne Beschluß der Bundesregierungen ausgesprochen werden. Uebrigens habe die Militärverwaltung durch die von ihr vorgelegte Berechnung nachgewiesen, welche Folgen es für die durchschnittliche Dienstzeit der Infanterie oder für die Rekruteneinstellung und die künftige Kriegsstärke haben werde, wenn man jene Durchschnittsziffer zu niedrig ansetze.

Diese Erklärungen haben innerhalb der Kommission noch keine unmittelbar entscheidende Wirkung gehabt, doch bleibt die Zuversicht begründet, daß die vorbehaltene Vereinbarung über eine dem Bedürfnisse entsprechende und als solche von den berufenen militärischen Autoritäten anerkannte geringste Ziffer bei der Berathung im Reichstage selbst gelingen werde. Diese Berathung wird voraussichtlich gleich nach Ostern stattfinden.

Im neuesten Hefte der „Preußischen Jahrbücher" schließt Heinrich v. Treitschke einen Aufsatz: „Das Reichs-Militärgesetz" mit folgenden Sätzen:

Versteht die Regierung mit einigem Geschick das Volk vor die einfache Frage zu stellen: „für oder wider das deutsche Heer?", so werden, nach aller Wahrscheinlichkeit, die konservativen Kräfte des Reichs in ungeahnter Stärke erwachen. Doch wir überlassen den Organen der Reaktion, diese trostlosen Bilder sich behaglich auszumalen. Noch besteht kein Grund, an dem Patriotismus und der Klugheit der Mehrheit des Reichstags irgend zu zweifeln. Eine Partei, die nach so langen ehrenvollen Kämpfen endlich dahin gelangt ist, die Geschicke eines großen Reiches zu bestimmen, kann doch heute, da sie regiert, nicht zur Sklavin unhaltbarer Doktrinen werden. Die schwerste Machtfrage des deutschen Staatsrechts verlangt gebieterisch eine abschließende Entscheidung. Wenn der Ostermonat zu Ende geht — das ist unsere Hoffnung — wird das deutsche Heer endlich sein, was es sein soll: eine dauernde, gesetzlich gesicherte Institution des Reichs.

* **Berlin**, 26. März. Sitzung des Reichstags.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Ausgabe von Reichs-Kassenscheinen. Der Präsident des Reichskanzler-Amts, Staatsminister Delbrück, leitet die Debatte unter Hinweis auf die Schwierigkeiten ein, die der Entwurf im Bundesrathe getroffen habe. Keine Regierung sei dadurch voll befriedigt, das Gesetz daher lediglich Produkt eines Kompromisses. Redner wünscht wenigstens annähernd den Zweck zu erreichen, daß berechtigten Ansprüchen genügt werde. Mosle spricht gegen die Vorlage und greift die Finanzpolitik Camphausens an, indem er für die zweite Lesung einen Antrag auf Vertagung bis zum Erlaß eines Bankgesetzes ankündigt.

Finanzminister Camphausen befürwortet die Vorlage, welche einem dringenden Bedürfniß entspreche, indeß für Preußen am wenigsten nothwendig sei. Eine Vertagung sei gegenüber den allgemeinen Verhältnissen nicht wünschenswerth. So viel an dem Redner liege, werde das Bankgesetz in der Herbstsession eingebracht werden. Dies sei jedoch ein Gegenstand, der schwerlich in einer Session zu Stande kommen könne. Redner zweifelt nicht an der Möglichkeit, ein genügendes Bankgesetz zu schaffen. Im Kopfe sei sein Plan bereits festgestellt. Camphausen erörtert den Standpunkt der Regierung gegenüber der Vorlage, beleuchtet die preuß. Papiergeld-Verhältnisse, weist nach, daß Preußen keinen Vortheil von der Vorlage habe, und empfiehlt schließlich deren Annahme.

Nachdem noch Günther für, Tellkampf gegen die Vorlage gesprochen und Bamberger mit ihren Prinzipien sich einverstanden erklärt, aber gegen den Betrag der Reichs-Kassenscheine sich ausgesprochen hat (Bamberger will statt 58 nur 40 Millionen) erfolgt der Schluß der Debatte. Das Haus beschließt zweite Lesung im Plenum.

Es folgt die zweite Lesung des Antrags Völk-Hinschius betr. die Einführung der Zivilehe im Reichsgebiete. Ein zu § 1 von Saucken gestellter Antrag betr. die Ausschließung der Geistlichen von der Bekleidung der Standesämter und die Verpflichtung der Gemeindebeamten zur Führung der Standesämter wird nach längerer Debatte angenommen, ebenso werden die übrigen §§ bis § 17 genehmigt.

§ 18 lautet: Innerhalb des Gebiets des Deutschen Reichs kann eine rechtsgültige Ehe nur vor dem Standesbeamten geschlossen werden. Die religiösen Feierlichkeiten dürfen erst nach Schließung der Ehe vor dem Standesbeamten stattfinden. (337 des St.G.B.) — Abg. Dr. Moufang beantragt, den § 18 so zu fassen: „Innerhalb des Gebiets des Deutschen Reichs muß jede Ehe, damit sie in ihren bürgerlichen Wirkungen anerkannt werde, durch die Ehegatten in Person angezeigt werden. Auf Grund dieser Anzeige erfolgt die Eintragung in das Heirathsregister. — Abg. Dr. Mayer beantragt anstatt des Wortes: „rechtsgültig" in § 18 zu setzen: „bürgerlich gültige". — Abg. Dr. Moufang: Man wolle mit einem Mal hier das seit 1800 Jahren geltende Eherecht mit 4 Paragraphen umstoßen. Die Ehe sei das Verhältniß, welches von der Schöpfung vom Beginn der Welt an gemacht worden sei. Die Ehe sei selbständig und unabhängig vom Staat. Das müsse man festhalten, sonst verwirre man die Anschauungen des Volkes. Sein Antrag stelle die nothwendige Rechtsordnung wieder her.

Abg. Schröder bestreitet, daß durch die Zivilehe die Volkssitte oder das religiöse Gefühl verletzt werde. — Abg. Dr. Hinschius erklärt, daß das Gesetz mit dem Amendement Moufang ein häßlicher schwarzer Wechselbalg werden würde (Widerspruch, Beifall). Das Amendement verlange die Erniedrigung des Staates unter die absolute Herrschaft der Kirche. (Zustimmung, Murren.) — Das Amendement Moufang wird abgelehnt. § 18 wird unverändert angenommen. — Abg. Dr. Moufang zieht die von ihm zu den §§ 19 bis 31 gestellten Amendements, welche eine Folge seines eben abgelehnten Antrages sind, zurück. Die §§ 19 bis 41 werden ohne erhebliche Diskussion angenommen, ebenso § 42.

Abg. Dr. Windthorst bringt die Frage wegen der Osterferien zur Sprache. Er beantrage, daß der Reichstag sich vom 28. März bis zum 13. April vertage. Der Präsident erwiedert, daß er die Gesetze wegen der Reichs-Kassenscheine, der Zivilehe und das Pensionsgesetz noch vor Ostern zu erledigen wünsche. Am Samstag werde dann über die Vertagung zu beschließen sein. — Abg. Dr. Windthorst protestirt gegen eine Uebereilung der Berathungen, er wünscht Vertagung der Sitzungen am Samstag. — Abg. Dr. Meyer (Thorn) bestreitet, daß es Sitte des Hauses sei, seine Sitzungen am Tage vor Palmsonntag zu schließen. Schluß der Sitzung.

♂ **Berlin**, 26. März. Heute Vormittag empfing der Kaiser den aus Düsseldorf hier eingetroffenen Generalleutnant v. Obernitz, Kommandeur der 14. Division, sowie einige andere höhere Militärs. Nach einer Mittags unternommenen Spazierfahrt durch den Thiergarten arbeitete Se. Maj. längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinets, Generalmajor v. Albedyll. Am späteren Nachmittage waren die Kaiserlichen Majestäten mit den hier noch anwesenden hohen Gästen und den Mitgliedern des Königshauses bei den Kronprinzl. Herrschaften zur Familientafel vereinigt. Heute Abend findet im königl. Palais ein Gesellschaftsfest mit musikalisch-dramatischer Unterhaltung statt. Zu demselben sind etwa 180 Einladungen ergangen. — Die Nachrichten über das Befinden des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten Fürsten v. Bismarck lauten heute etwas günstiger, als gestern, konstatiren aber auch noch keine sehr wesentliche Besserung. Zeigen die Fußschmerzen, welche sich in neuerer Zeit wieder eingestellt haben, auch eine Minderung ihrer ersten Heftigkeit, so dauern sie doch fort. Uebrigens soll sich immer deutlicher ergeben, daß Fürst Bismarck jetzt weniger an Neuralgie (lokaler Nervenschmerz), als an gichtischen Beschwerden leidet. Der eine Fuß war dieser Tage ziemlich stark angeschwollen. Allen Verhältnissen nach erscheint es als unzweifelhaft, daß der Reichskanzler aus nothwendigen Schonungsrücksichten noch für längere Zeit sich wird von den Geschäften ferne halten und namentlich auch die Betheiligung an parlamentarischen Verhandlungen wird vermeiden müssen. Seine Theilnahme an den Plenardebatten über das Reichs-Militärgesetz ist bereits sehr unbestimmt geworden.

Oesterreichische Monarchie.

≌ **Wien**, 26. März. Das Ergebniß der St. Petersburger Begegnung, so weit dort die orientalische Frage zur Sprache gekommen, wurde bisher meist als ein negätives hingestellt: man sollte sich geeinigt haben, vor der Hand jede Aktion im Orient ruhen zu lassen. Nach einer Meldung, der ich Vertrauen schenken darf, ist das Ergebniß ein sehr positives gewesen, insofern Rußland es auch als sein eigenstes Interesse erkannt hat, das Osmanische Reich erhalten zu sehen und zu diesem Zweck sowohl jede administrative Reform, als die Regelung der Finanzen zu begünstigen. Daß freilich der Bosporus aufgehört habe, das letzte Ziel der russischen Politik zu sein, soll damit nicht behauptet werden.

Frankreich.

△ **Paris**, 26. März. Heute gelangte in der Nationalversammlung der Bericht des Hrn. Batbie über das Wahlgesetz zur Vertheilung. Er schließt, wie folgt:

Ist etwa Grund zu der Befürchtung vorhanden, daß wir, indem wir den Wahlkörper säubern, wenn nicht Gründe, so doch Vorwände für einen Staatsstreich bieten könnten? Gewiß nicht. Zwischen unserm Entwurf und dem Gesetz vom 31. Mai 1850 bestehen tiefe Unterschiede. Der wichtigste darunter ist der, daß wir an keinen Verfassungstext gebunden, und also nicht dem Vorwurfe ausgesetzt sind, welcher so nachdrücklich gegen das Gesetz vom 31. Mai erhoben wurde, daß es nämlich ein höheres Gesetz verletzte. Und ist es denn auch wirklich wahr, daß die „Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts" zu dem Erfolge des Staatsstreichs von 1851 beigetragen hat? Nicht die Schmeicheleien für die äußersten Parteien bedingen den Erfolg solcher Anschläge; sie sind stets nur in Ländern gelungen, die von der revolutionären Aufregung ermüdet waren, und ihre ersten Gegner waren immer die Minner, denen man jene Zugeständnisse gemacht hatte. Diejenigen, welche im Jahr 1851 für die Vertheidigung der Verfassung zu den Waffen griffen und starben, verabscheuten das Gesetz vom 31. Mai, welches durch die Proklamation vom 2. Dezember aufgehoben wurde. Das Bedürfniß von Ordnung und Sicherheit gründet die Regierungen im Anfange der Gesellschaften; dieselbe Nothwendigkeit und kein anderer Grund läßt manchmal Anschläge gegen die Gesetzlichkeit in Ländern gelingen, die von politischen Zuckungen heimgesucht sind. In und außerhalb dieser Nationalversammlung werden sich Stimmen erheben, um jede Einschränkung des allgemeinen Stimmrechts, mag sie von Belang sein oder nicht, als eine Versündigung gegen die Volkssouveränetät zu denunziren. Vergessen Sie aber nicht, daß über den menschlichen Gewalten, welchen Namen sie auch führen mögen, über den Völkern, den Fürsten, den Diktatoren die unabweislichen Gesetze der gesellschaftlichen Ordnung stehen, Gesetze, welche jede Regierung respektiren muß und keine ungestraft mißachtet. Indem Sie die Maßregeln beschließen, welche Ihnen am geeignetsten scheinen, die Gerechtigkeit, die materielle Ruhe, die Sicherheit über die Zukunft und den Frieden der Geister zu gewährleisten, werden Sie dem Lande die Güter vermitteln, welche es durch alle Stimmen der öffentlichen Meinung von Ihnen erbittet, und Sie werden die Organe des wahren Souveräns sein.

In dem Prozeß Hugelmann (s. Beil. Verm. Nchr.) ist noch gestern das Urtheil gesprochen worden: der Angeklagte wurde aller ihm zur Last gelegten Handlungen schuldig erkannt und zu fünf Jahren Gefängniß und einer Geldstrafe von 2000 Frs. verurtheilt.

Auch in dem Prozesse des Lieferanten Ferraud, welcher im Auftrage Gambetta's Lebensmittel für das belagerte Paris aufkaufte und sich hierbei bedeutende Unterschleife zu Schulden kommen ließ, ist gestern das Urtheil gesprochen worden: es lautete gegen Ferraud auf drei Jahre Gefängniß und eine Geldstrafe von 3000 Fr., die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Portugal.

†† **Lissabon**, 25. März. Die Legung der zweiten Abtheilung des europäisch-brasilianischen Kabels, welche die Inseln Madeira und St. Vinzent verbindet, ist nunmehr glücklich vollendet und der bezügliche Theil des Kabels dem Verkehr bereits übergeben. Der Dampfer „Edinburg", welcher bei den Arbeiten verwendet wurde, ist nach Madeira zurückgekehrt, um bei der Wiederaufnahme und Reparatur der ersten Abtheilung des Kabels, Lissabon-Madeira, mitzuwirken. Im August d. J. soll die dritte Abtheilung des Kabels, St. Vinzent-Pernambuco, durch den „Great Eastern" gelegt werden.

Niederlande.

** Haag, 25. März. Der Finanzminister van Delden erklärte in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer gegenüber einer bezüglichen Interpellation, daß für die Regierung kein Grund vorliege, das bis zum 30. April giltige Verbot der Ausprägung von Silbermünzen nach dem Ablauf dieses Termins zu erneuern.

Rußland und Polen.

** St. Petersburg, 25. März. Dem Journal „Graschdanin" ist die erste Verwarnung wegen Aufreizung verschiedener Völkerstämme des Reichs gegen einander ertheilt worden.

Badische Chronik.

† Karlsruhe, 27. März. Die Erneuerungswahlen der hiesigen evang. Kirchengemeinde-Versammlung sind nun vollendet. Es haben von 2800 Wahlberechtigten am 23., 25. und 27. d. 215 + 232 + 175, also zusammen 622 Urwähler abgestimmt. Die sämmtlichen 55 Gewählten waren von einer Kommission vorgeschlagen, welche durch eine Vorversammlung der Urwähler erwählt war. Diese letztere war in die Sakristei der Stadtkirche berufen und von Vertretern aller kirchlichen Richtungen besucht worden. Die von der gewählten Kommission vorgeschlagenen Männer sind bis auf 4 (Partikulier Schwindt, Verwaltungsgerichts-Rath Ullmann, Revisor Friedrich und Gerichtsnotar Greiner) lauter bisherige Mitglieder der Kirchengemeinde-Versammlung. Die so entstandenen Vorschläge erhielten am 1. Tag zwischen 159 und 124, am 2. 172—157, am 3. 158—118 Stimmen. Dagegen war am Montag bekannt geworden, daß ein Vorschlag der streng-kirchlichen Partei bestehe, welcher 20 Namen der genannten Partei enthielt, darunter nur 2 bisherige Mitglieder der Kirchengemeinde-Versammlung. Dieser Vorschlag erschien, mit Weglassung zweier Namen, für den 2. Wahltag im Tagblatt und blieb auch für den 3. Wahltag derselbe. Er dürfte wohl von sämmtlichen stimmberechtigten Gliedern dieser Partei abgegeben worden sein und vereinigte am 1. Wahltag 59—41, am 2. 53—41, am 3. 48—35 Stimmen auf die Vorgeschlagenen. — Die so ergänzte Versammlung wird nun zunächst 9 Kirchenälteste zu wählen haben und da dieselben naturgemäß mindestens zur großen Mehrzahl aus der Kirchengemeinde-Versammlung hervorgehen werden, so wird diese dann durch Selbstergänzung die entstandene Lücke ausfüllen und bei dieser Gelegenheit wird dann eine Anzahl neuer Mitglieder zu berufen sein. Ob nach diesen Wahlvorgängen die liberale Versammlung auch, wie bisher, die Partei der 20 Separatisten berücksichtigen und ihr eine ihrer Menge entsprechende Vertretung von 3—4 Stimmen gestatten werde, ist schwer vorherzusagen. Alle übrigen kirchlichen Richtungen sind in der Kirchengemeinde-Versammlung vertreten und auch die erwähnte Partei zählt unter den von der Erneuerung nicht betroffenen Mitgliedern einige Stimmen.

⁝ Mannheim, 26. März. In der heutigen Generalversammlung der Deutschen Seehandlung waren 4864 Aktien mit 443 Stimmen vertreten. Der Vorstand fügte dem veröffentlichten Bericht noch eingehendere Mittheilungen über die Geschäftsführung bei, die mit großer Befriedigung von der Versammlung aufgenommen wurden, welche der vorgeschlagenen Vertheilung einer Dividende von 10 Prozent des eingezahlten Kapitals mit 14 fl. per Aktie für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 1873 beistimmte. — Die durch das Loos ausscheidenden 4 Mitglieder des Aufsichtsraths wurden einstimmig wieder gewählt.

Mannheim, 26. März. Zu unserm Bedauern waren wir verhindert, der gestrigen Versammlung der national-liberalen Partei anzuwohnen, und können deßhalb über dieselbe nur nach den Blättern berichten. Der Besuch derselben war ein sehr starker und hatten insbesondere auch auf ergangene Einladung die hiesigen Lehrer und die Mitglieder des Arbeiter-Fortbildungs-Vereins sich zahlreich eingefunden. Der Vorsitzende theilte zunächst mit, daß Hr. Hufschmid durch Unwohlsein verhindert sei, den Bericht über die Landtags-Thätigkeit zu erstatten, sich solchen aber für eine weitere Versammlung vorbehalte, und daß der Ausschuß beschlossen habe, in nächster Zeit noch einige Zusammenkünfte der Parteigenossen mit Vorträgen über die Zeitfragen zu veranstalten. Sodann hielt Hr. Oberstaatsanwalt Kiefer einen umfassenden, lehrreichen und mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über die badische Schulgesetzgebung. Hr. Eckhard machte Mittheilungen über die Bestrebungen des Vereins für Volksbildung, und beschloß die Versammlung, mit diesem unter Schulze-Delitzsch's Leitung zu großer Blüthe gelangten Vereine sich in Verbindung zu setzen. Schließlich sprach Hr. Eckhard über die Thätigkeit des Reichstags, insbesondere die wichtigen Vorlagen (Preßgesetz, Kontraktbruch Gesetz und Militärgesetz) und betonte unter dem Beifall der Versammlung den Wunsch nach einer ersprießlichen Verständigung des Reichstags mit der Reichsregierung.

= Freiburg, 27. März. Gegenstand der Verhandlung der auf den 31. d. M. berufenen Versammlung des hiesigen Bürgerausschusses ist außer mehreren Anträgen auf Genehmigung zur Aufnahme der Kapitalien zu verschiedenen baulichen Ausführungen die Feststellung des Gemeindevoranschlags für das Jahr 1874, wie solcher aus der Berathung des Gemeinderaths mit dem Ausschusse der staatsbürgerlichen Einwohner und der Ausmärker kürzlich hervorgegangen ist. Nach diesem Entwurf betragen die Einnahmen der Gemeinde im Jahr 1874 375,423 fl., die Ausgaben 445,789 fl. und sind sonach durch Umlagen zu decken 70,366 fl. Da das der Gemeindebesteuerung unterliegende Steuerkapital 17,598,305 fl. beträgt, so beläuft sich die zur Erhebung kommende Umlage auf 24 kr. per 100 fl. Steuerkapital. Auch der Armenaufwand soll lediglich nach Maßgabe der Bestimmungen der Gemeindeordnung aufgebracht werden und ist solcher in obiger Berechnung bereits inbegriffen, so daß hiefür eine besondere Umlage, wozu bekanntlich auch die Klassen- und Kapitalsteuer-Kapitalien beizuziehen wären, nicht wird erhoben werden.

‖ Altbreisach, 26. März. Die Verluste, welche der Landwirthschaft durch den Abschlag der Viehpreise entstehen, sind sehr beträchtlich. Derselbe beträgt 50—60 fl. an einem Paar fetten Ochsen. Noch schlimmer daran sind die Besitzer fetter Schweine, bei denen der Abschlag 15—20 Proz. ausmacht. Dabei tritt die auffallende Erscheinung zu Tag, daß jetzt die fetten Schweine aus Frankreich bei uns eingeführt werden, während früher die Ausfuhr von uns dorthin um hohe Preise sehr lebhaft war.

Konstanz, 26. März. Wie allgemein das Bedürfniß nach einer bessern Organisation und regeren Thätigkeit der liberalen Partei

empfunden wurde, zeigte sich deutlich durch die über Erwarten zahlreiche Betheiligung an der auf gestern anberaumten Vertrauensmänner-Versammlung in Radolfzell, über welche wir nach der „Konst. Ztg." Folgendes berichten: Nach längerer Zeit waren in dieser Versammlung wieder einmal Parteigenossen aus sämmtlichen Bezirken des Kreises vereinigt, gewiß über 200 an der Zahl, und in Allen herrschte die Ueberzeugung vor, daß die ultramontanen Gegner nur in Folge der Lässigkeit der liberalen Partei sich eines Wachsthums ihrer Anhänger bei den letzten Wahlen rühmen durften und daß es an der Zeit sei, der schwarzen Agitation durch kräftige Gegenwirkung die Spitze zu bieten. Dies betonte auch Hr. Abg. Kreisgerichts-Rath Schmidt in seiner beifälligst aufgenommenen Eröffnungsrede. Nachdem auf seinen Vorschlag Hr. Konstantin Roppel durch Akklamation zum Vorsitzenden erwählt worden war, entwickelte Hr. Abg. Schmidt seinen Vorschlag zur Gründung eines „liberalen gemeinnützigen Vereins für den Kreis Konstanz" und verlas die in einem engern Zirkel von Parteigenossen entworfenen Satzungen, nach welchen sich der Verein in Bezirks- und Ortsvereine gliedern soll, während die Zentralleitung sich in Konstanz zu befinden hätte. Der Verein solle nicht blos die Vertretung der nationalen und liberalen Sache, sondern auch sonst die Erörterung gemeinnütziger, volkswirthschaftlicher und politischer Interessen sich zur Aufgabe machen und in seinem weiten Rahmen dem Anschlusse bereits bestehender Vereine mit ähnlicher Tendenz Raum bieten. Der Vorschlag wurde lebhaft unterstützt durch die HH. Würth, Fieser und Marquier von Konstanz, welch Letzterer insbesondere hervorhob, daß die ultramontane Partei ihre gegenwärtige Organisation derjenigen der Liberalen in den 60er Jahren nachgebildet habe. Sodann erfolgten zahlreiche Zustimmungserklärungen und Mittheilungen über bestehende oder zu gründende Vereine, welche ihren Beitritt in Aussicht stellten.

Eine Spezialdiskussion der verlesenen Satzungen fand nicht statt; man erklärte sich mit dem Grundgedanken derselben einverstanden, wobei besonders der Wunsch betont wurde, daß die einzelnen Bezirksvereine sich bei den Versammlungen gegenseitig mit Rednern aushelfen möchten und daß namentlich die Kreishauptstadt in dieser Hinsicht ihr Kontingent stelle. Nach Beendigung der Diskussion wurden die Satzungen durch Aufheben der Hände einstimmig genehmigt. Auf Antrag des Hrn. Abg. Schmidt ging man hierauf sogleich über zur Wahl provisorischer Bezirksvorsteher, denen die weiteren Schritte zur satzungsgemäßen Organisation der Bezirksvereine übertragen sind. Ferner wurde der Druck der Satzungen beschlossen und empfahl Hr. Anwalt Marquier den Anwesenden, einstweilen für die Grundsätze des Vereins zu wirken und besonders die Gründung von Ortsvereinen vorzubereiten. Damit wurde dieser Gegenstand verlassen und folgten zwei Toaste der HH. Anwalt Würth und Kreisgerichts-Rath Heiß auf die Liebe zum Vaterlande und auf die liberale Partei.

Nach einer Pause ergriff Hr. Abg. Schmidt das Wort, um eine Frage zur Sprache zu bringen, welche gegenwärtig alle Gemüther bewege, die Militär-Frage. Redner bat den anwesenden Reichstags-Abgeordneten Roder, sich über die im Schooße des Reichstags und der Militärkommission herrschenden Ansichten auszusprechen.

Hr. Abg. Roder erklärte sich mit Vergnügen dazu bereit und machte sodann eine Reihe von Mittheilungen über den Gang der bezüglichen Verhandlungen. Die Reichsregierung verlange in § 1 des Militärgesetzes eine Präsenzstärke von 401,000 Mann. Einer Einigung über diesen Paragraphen sei in der Kommission nicht zu Stande gekommen, stehe aber im Plenum zu erwarten. Er, Redner, stehe auf dem Standpunkt, daß er Angesichts der bedrohlichen militärischen Reformen Frankreichs keine Schwächung der deutschen Wehrkraft, die sich so glänzend erprobt habe, wünschen könne. Er hoffe, daß es nicht zu einem Konflikt mit der Reichsregierung kommen werde, und sei entschlossen, wenn die Regierung, zu der er volles Vertrauen besitze, eine Präsenz von 401,000 Mann als für die Sicherheit des Reiches nöthig bezeichne, für diese Forderung zu stimmen (Bravo). Die ultramontanen und sozial-demokratischen Hetzer hätten gut für Verminderung der Armee plaidiren; sie würden, wenn Frankreich zur Ausführung seiner Rachepläne schreite, ihre Siebensachen zusammenpacken und das Weite suchen. Der Landmann, der an die Scholle gebunden sei, könne diesem Beispiel nicht folgen; er müsse Requisitionen, Diebstahl, Plünderung und am Ende noch die Flammen über seine Habe ergehen lassen. Und besonders wir in Baden an der Südwestgrenze hätten ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung einer starken Militärmacht.

Diese Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftestem Beifall aufgenommen und demselben ein stürmisches „Hoch" gebracht. In gleichem Sinne sprachen sodann noch die HH. Abg. Schmidt und Anwalt Würth. Nach einer weitern, mit „Hört, hört" aufgenommenen Mittheilung des Hrn. Abg. Roder, daß das schwarze Zentrum bereit gewesen sei, alle Gesetze, auch das Militärgesetz, anzunehmen, wenn dafür die Kirchengesetze gestrichen würden, stellte Hr. Anwalt Würth den ähnlichen Antrag: die Versammlung möge sich für Annahme des § 1 des Militärgesetzes nach der Regierungsvorlage (401,000 Mann) aussprechen. Hierzu ergriffen das Wort die HH. Heilig (Pfullendorf), Müller (Radolfzell), Ammon und Schmidt, welche übereinstimmend die Nothwendigkeit einer starken deutschen Armee im Hinblick auf die feindliche Haltung Frankreichs betonten, für Erhaltung des Bewährten sprachen und an den letzten Krieg erinnerten, der urplötzlich alle Klagen über die für zu hoch gehaltene Militärlast zum Verstummen gebracht habe. Was nütze es, einige Tausend Mann abzuhandeln und vielleicht die Steuern um ¼ Kreuzer zu ermäßigen, wenn man dafür die feste Organisation und Kriegstüchtigkeit des Heeres beeinträchtige? Lieber ein starkes Heer und sich ruhig niederlegen können! Selbstverständlich wurde auch das Budgetrecht der Volksvertretung als ein Palladium des Volkes, als das Fundament des konstitutionellen Lebens zur Sprache gebracht und nachdrücklich hervorgehoben; aber darüber herrschte keine Meinungsverschiedenheit, daß das Budgetrecht die Sicherheit des Reiches nicht in Frage stellen dürfe. Die jährliche Bewilligung sei mehr eine Formsache, denn man werde doch von der Verweigerung keinen Gebrauch machen. Das Heer bedürfe einer dauernden Organisation, und sei es einmal auf diesem Fuße eingerichtet, so werde eine Einschränkung und Neuorganisation mehr Unkosten verursachen, als die Fortbewilligung.

Der Antrag Würth wurde bei der Abstimmung einmüthig gutgeheißen und sodann die Versammlung mit einem dreifachen „Hoch" auf den Kaiser geschlossen.

Vermischte Nachrichten.

— Köln, 24. März. In der gestrigen Versammlung des Lokalvereins der hiesigen Altkatholiken machte Pastor Tangermann die interessante Mittheilung, vor einiger Zeit seien von mehreren katholischen Geistlichen aus Italien an Bischof Reinkens Briefe mit der Bitte gerichtet worden, ihnen behilflich zu sein, auch in Italien die katholische Reformbewegung anzubahnen.

— Aus Paris sind der „K. Z." scheinbar ächte Fünf-Franken-Stücke zugegangen, welche in sehr schöner Prägung den Kopf des kaiserl. Prinzen mit der Umschrift: „Napoléon IV. Empereur" und auf dem Revers das übliche Wappen des Kaiserthums tragen. Was sie von gewöhnlichen Münzen unterscheidet, ist das Wort „Essai", welches sich in ganz kleiner Schrift unten nahe dem Rande des Averses befindet.

Nachschrift.

☉ Berlin, 26. März. Verschiedene Parteiorgane bemühen sich neuerdings, den bekannten ernsten Worten, welche der Kaiser in Betreff der Militär-Frage an die Generale richtete, eine möglichst milde Deutung zu geben. Am weitesten geht hierin offenbar die „Spener'sche Ztg.", indem sie der kaiserlichen Ansprache nicht blos den Ton eindringlicher Mahnung abspricht, sondern auch die Aechtheit ihres veröffentlichten Wortlauts anzweifelt. Bekanntlich ist der zuerst durch den Telegraphen an die Oeffentlichkeit gebrachte Wortlaut auch vom „Reichs- und Staatsanzeiger" amtlich mitgetheilt worden. Um so mehr leuchtet ein, daß dieser Text der an maßgebender Stelle zur Publikation bestimmte ist, mochte im Uebrigen die Ansprache immerhin noch einige andere Wendungen enthalten, deren förmliche Veröffentlichung eben nicht für angemessen erachtet wurde.

† Berlin, 27. März. Reichstag; Fortsetzung der zweiten Lesung des Antrags Völk-Hinschius, betreffend das Zivilehe-Gesetz. Gegenüber Windthorst, welcher wünscht, daß die Bundeskommissäre, namentlich der bayrische Bevollmächtigte, sich an der Debatte betheiligen, erklärt der bayrische Justizminister Fäustle: das vorliegende, nicht von den Bundesregierungen, sondern aus der Mitte des Hauses hervorgegangene Gesetz, greife so tief in das bestehende Recht der bayrischen Verwaltung ein, daß er für seine Person nicht berechtigt sei, im Namen seiner Regierung zu sprechen, welche, wenn das Gesetz aus dem Hause hervorgehe, dazu Stellung nehmen werde. Redner stelle die Frage der deutschen Reichseinheit höher als ein Spezialgesetz; doch müsse man mit solchen beginnen, wo das Bedürfniß es erfordere. Wo ein solches feststeht, werden die Landesvertretungen sicher eben so die Hand dazu bieten, wie die preußische es that.

† Berlin, 26. März. Ueber die Vertagung des Reichstags ist noch nicht Beschluß gefaßt worden. Der bezügliche bereits gemeldete Antrag des Abg. Windthorst gelangt erst morgen zur Berathung.

† Wien, 26. März. Abgeordnetenhaus. Gelegentlich der Berathung der Positionen des Budgets für Universitäten und technische Hochschulen wies der Ministerpräsident energisch den Vorwurf zurück, die Regierung unterstütze die slavische Nation beschimpfende Blätter und bemerkte, die Regierung müsse aber der slavischen Bevölkerung das Verständniß der Verfassung durch die Presse zugänglich machen. Das Haus nahm sodann die vom Budgetausschusse beantragte Resolution an, die in den Etat eingestellte Ziffer von 250,000 fl. für den Neubau eines Technikums in Lemberg zu bewilligen, falls Galizien auf das bezügliche Gesetzgebungsrecht zu Gunsten des Reiches verzichte. In der Debatte hierüber wahrte der Kultusminister dem Antrage des Ausschusses gegenüber das nach dem Staatsgrundgesetz feststehende Gesetzgebungsrecht der Landtage betreffs der technischen Hochschulen. Minister Ziemialkowski bemerkte, daß die Polen dergestalt für die Anerkennung der vollendeten Thatsache der Wahlreform und für direkte Beschickung des Reichsraths durch Entziehung der Geldmittel für Bildungszwecke bestraft würden.

† Wien, 26. März. Der „Volksfreund" veröffentlicht eine Erklärung der österreichischen Erzbischöfe über die kirchlichen Gesetzentwürfe. Die Erklärung polemisirt Punkt für Punkt gegen alle Bestimmungen der Gesetzentwürfe, bekämpft namentlich die Bestrebungen auf Einführung der Zivilehe und schließt: Wir wiederholen, daß wir die auf das Konkordat gegründete Forderung der Gerechtigkeit nicht als erloschen ansehen. Wir sind bereit, den Anforderungen, welche die Staatsgewalt in dem Gesetzentwurfe über die äußeren Rechtsverhältnisse der kathol. Kirche stellt, in so weit zu entsprechen, als sie mit dem Konkordat sachlich im Einklange stehen. Einer Zumuthung, deren Erfüllung das Heil der Kirche gefährden würde, dürfen und würden wir uns niemals fügen.

† Versailles, 26. März. Die Nationalversammlung beschloß zunächst, die Diskussion der gestern von Pelletan angekündigten Interpellation betreffs der Zivilbegräbnisse auf 6 Monate zu vertagen. Sodann wurde die Diskussion der Entwürfe für die neuen Befestigungen von Paris begonnen und, nachdem Lasteyrie, Brunet und Denfert gesprochen hatten, die Berathung auf morgen vertagt. In die Permanenzkommission wurden 17 der Rechten angehörende Mitglieder und 9 von der Linken gewählt.

† Somorrostro, 26. März, 5 Uhr 50 Min. Abends. Die Truppen der Republik bleiben im Vorrücken. Das Dorf Pucheta wurde mit dem Bajonett genommen; ebenso ein Haus, welches noch näher gegen Pedro Albanto zu liegt. Die Feuersbrünste in Pedro Albanto sind gelöscht; der Feind ist in seiner Position auf dem rechten Flügel hart bedrängt.

† Brüssel, 27. März. Das „Echo du Parlement" meldet: Der Gesandte des Deutschen Reichs in Brüssel, Balan, ist diese Nacht plötzlich gestorben. Balan hatte den Abend mit einigen Freunden zugebracht und befand sich niemals besser.

† London, 26. März. Unterhaus. Disraeli kündigt an, er werde Montag ein Dankesvotum für die Truppen aus dem Aschanti-Feldzuge beantragen. Auf eine Anfrage Gourly's erklärt der Unterstaatssekretär Bourke, es existire kein internationaler Vertrag betreff Benutzung des Suez-Kanals durch Kauffahrteischiffe. Die Pforte habe aber versprochen, die Kanalgesellschaft auf das Bestimmteste zur Befolgung des Berichts anzuhalten, der von der Tonnengelder-Kommission erstattet sei. England beabsichtige gegenwärtig nicht, die Frage der Kanalbenutzung durch Kriegsschiffe der Pforte zur Entscheidung vorzulegen.

† London, 26. März. Eine Korrespondenz des Auswärtigen Amtes über Zentralasien ist dem Parlament vorgelegt worden. Daraus ist ein Schreiben Lord Granville's vom 7. Januar hervorzuheben, worin Letzterer der von Rußland beabsichtigten Expedition gegen die Turkomanen erwähnt und darauf hinweist, welche Verlegenheiten diese in Afghanistan hervorrufen werde. Fürst Gortschakoff erklärt in seinem Erwiederungsschreiben vom 21. Jan., Rußland beabsichtige die Expedition nicht, würde aber genöthigt, die Turkomanen zu züchtigen, wenn dieselben die räuberischen Angriffe fortsetzten. Der Fürst betont sodann das herzliche Einvernehmen Englands und Rußlands und wiederholt die Versicherungen über den friedlichen Charakter der russischen Politik in Asien.

---

† Straßburg, 27. März. Bezüglich des von hiesigen Blättern geäußerten Wunsches, aus der Mitte des Gemeinderaths möchten Schritte geschehen, um die Stadtverwaltung in regelmäßige Bahnen zurückzulenken, sagt die „Straßb. Ztg.": Es liege nicht an den Regierungsorganen, wenn bis jetzt keine Aussicht auf Erfüllung solcher Wünsche sich zeige. Die Regierung warte noch vergeblich auf diejenige Kundgebung des suspendirten Gemeinderaths, welche bereits vor längerer Zeit einem hervorragenden Mitgliede desselben als unerläßliche Vorbedingung des Wiedereintritts in seine Funktionen bezeichnet worden sei. Die Wahrscheinlichkeit eines erwünschten Resultates sei seitdem sehr gemindert, da die Regierung nicht gewohnt sei, die Vorbereitung zu nothwendigen Entscheidungen bis zum letzten Augenblick zu verschieben.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 27. März, die übrigen vom 26. März.)

Staatspapiere.

Preußen 4½% Obligation.	105⅞	Luxem- 4% Obl. i. Fr. à 28 fr.	23
Baden 5% Obligationen	104⅜	burg 4% „ i. Thlr. à 105 fr.	93
„ 4½% „	—	Rußland 5% Oblig. v. 1870	
„ 4% „	97	£ à 12.	97⅝
„ 3½% Oblig. v. 1842	—	„ 5% dto. v. 1871	95½
Bayern 4½% Obligat.	102	Schweden 4½% dto. i. Thlr.	98
„ 4% „	98½	Schweiz 4½% Bern. Stsobl.	97
Württemberg 5% Obligation.	—	**N.-Amerika 6% Bonds**	
„ 4½% „	101¼	**1882r v. 1862**	98⅝
„ 4% „	—	„ **6% dto. 1885r**	
Nassau 4% Obligationen	98⅝	**von 1865**	—
Gr. Hessen 4% Obligationen	99¾	„ 5% dto. 1904r	
Oesterreich. 5% Silberrente		(10/40r v. 1864	98¼
Zins 4½%	66¼	3% Spanische	17⅞
„ **5% Papierrente**		Belle franz. Rente	95
Zins 4½%	61⅞	1872 „ „	—

Aktien und Prioritäten.

Badische Bank . . .	111⅛	5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	69¾
Frankf. Bankverein	78¾	5% Böhm. Westb.-Pr. i. Silb.	—
Deutsche Vereinsbank	90	5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	—
Provinzialdiskonto	78⅜	5% dto. „ 2. Em.	—
Darmstädter Bank	351	5% dto. steuerfr. neue „	88⅜
Oesterr. Nationalbank	1005	5% dto. (Neumarkt-Ried)	89½
Württemb. Vereinsbank	—	5% Donau-Drau	—
Oesterr. Kredit-Aktien	218	**5% Frz.-Jos.-Prior.**	91½
Mitt. deutsch. Kred. Bank	104⅛	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 67/68	84¼
Rheinische Kreditbank	101⅞	5% Kronpr. Rudolf-Pr. v. 1869	83¼
Basler Bankverein	89½	**5% östr. Nordwstb. Pr. i. S.**	85½
Pfälzer Bankverein	—	5% „ „ Lt. B.	—
Berliner Bankverein	80⅛	Vorarlberger	82½
Stuttgarter Bank	—	5% Ung. Ostb.-Prior. i. S.	61
Deutsche Effektenbank	112¾	5% Ungar. Nordostb.-Prior.	—
Oestr.-deutsche Bank	85⅛	5% Ungar.-Galiz.	67⅞
4½% bayr. Ostb. à 200 fl.	110	Ungar. Eis.-Anl.	72
4½% pfälz. Maxbahn 500 fl.	—	5% östr. Süd-Lomb.-Pr. i. Fcs.	86
4% Hess. Ludwigsbahn	137	**3% östr. Süd-Lomb.-Pr.**	49⅜
3½% Oberhess. Eisnb. 350 fl.	78	5% österr. Staatsb.-Pr.	96
5% östr. Frz. Staatsb.	330	3% österr. Staatsb.-Pr.	61⅝
5% „ Süd-Lombard.	148½	3% Livorn. Pr., Lit. C, D & D/	33¾
5% „ Nordwestb.-A.	—	5% Rheinische Hypothekenbank	
5% Elisab. Eisenb. à 200 fl.	203¼	Pfandbriefe	101
5% Rud. Eisnb. 2. E. 200 fl.	162	4½% „	—
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	212	6% Pacific Central	79
5% Frz. Jos. Eisenbahn	207	6% South Missouri	51¼

Anlehensloose und Prämienanleihen.

Bayr. 4% Prämien-Anl.	112⅞	Oestr 4% 250-fl.-Loose v. 1854	—
Badische 4% dto.	114⅛	„ 5% 500-fl.- „ v. 1860	94¾
„ 35-fl.-Loose . .	7[illegible]	„ 100-fl.-Loose von 1864	157½
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	22⅜	Schwedische 10-Thlr.-Loose	15¼
Großh. Hessische 50-fl.-Loose	222	Finnländer 10-Thlr.-Loose	—
„ „ 25-fl.-	57¾	Meininger fl. 7.	8
Ansbach-Gunzenhausen. Loose	15	3% Oldenburger Thlr.-40-2.	—

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 6%	118⅞	Holländ. 10-fl.-St. fl.	9.45—47
Paris 200 Frcs. 6%	94⅛	Ducaten . . . „	5.31—33
Wien 100 fl. östr. W. 5%	104⅞	**20-Francs-St.** „	9.24—25
		Engl. Sovereigns „	11.50—52
Disconto . . . . . L.S. 3½ %		Russische Imperial „	9.39—41
Preuß. Friedrichsd'or fl.	—	Dollars in Gold „	2.25—26
Pistolen . . . „	9.34—36	Dollarcoupon . . „	—

Tendenz: still.

Berliner Börse. 27. März. Kredit 123, Staatsbahn 189½, Lombarden 85½, 82r Amerikaner —, 60er Loose —, Rumänier —, Galizier —. Tendenz: schwach.

Wiener Börse. 27. März. Kreditaktien 208.50, Staatsbahn —.—, Lombarden 147.—, Anglobank 121.—, Napoleonsd'or 8.94. Tendenz: zieml. fest.

New-York, 27. März. Gold (Schlußkurs) 112½.

☞ **Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.**

Verantwortlicher Redakteur:
Paul Kretzschmar.

Todesanzeige.

D.619. Burkheim u. Alt-Breisach. Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsere innig geliebte Gattin, Mutter, Tochter und Schwester, Frau **Anna Gschwender,** geb. Dienst, nach 5wöchentlichem schwerem Leiden, mit den hl. Sterbsakramenten versehen, heute Mittag 12 Uhr von dieser Welt abzurufen. Wir bitten um stille Theilnahme.

Burkheim und Alt Breisach, den 26. März 1874.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:
E. Gschwender z. Post.

Todesanzeige.

D. 631. Mannheim. Heute Nacht entschlief nach längerem Leiden im 79. Lebensjahre unser theurer, unvergeßlicher Gatte, Vater, Schwieger- und Großvater

B. Weber,
Großh. Baurath a. D.,

wovon wir hiermit Freunde und Bekannte benachrichtigen.

Mannheim, den 27. März 1874.
Die Hinterbliebenen.

Todesanzeige.

D 617. Oppenau Freunden und Bekannten theile ich hiermit die traurige Nachricht mit, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsere theure unvergeßliche Mutter und Schwiegermutter

Franziska Huber,

Wittwe des † Badwirths Peter Huber, heute früh 6 Uhr nach achttägiger Krankheit durch einen sanften Tod im Alter von 58 Jahren in ein besseres Jenseits abzurufen.

Um stille Theilnahme bittet,
Oppenau, den 26. März 1874,
Im Namen der Hinterbliebenen:
Emil Huber,
zum Stahlbad.

Magazinier-Gesuch.

D.624.1. Für eine Stab- und Gußeisen-Handlung en gros wird ein erster Magazinier, einerlei welcher Konfession, gesucht. Offerten unter ***H. 6943.*** befördert die Annoncen-Expedition von ***Haasenstein & Vogler*** in ***Frankfurt a. M.***

Gesuch. D.627.1. Ein solides Mädchen wird zum selbständigen Betrieb einer Restauration in einem Hotel gesucht. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

D.625.1. Baden-Baden.

Pferdverkauf.

Lichtenthaler Allee Nr. 10 ist ein sechsjähriger **Schwarzbraunwallach,** Zugpferd, zu verkaufen.

D.620. Burkheim.

Anzeige.

Eingetretener Todesfall in meiner Familie veranlaßt mich, meine Gastwirthschaft zum **Kreuz (Post)** von heute an bis auf Weiteres zu schließen.

Burkheim, den 26. März 1874.
C. Gschwender.

Tüchtige Steinhauer-Polire, Aufseher und Mineure

D.554.2.

werden für einen größeren Bau bei Frankfurt a. M. sofort gesucht. Dauer des Baues 1½ Jahr. Anmeldungen mit Abschrift von Zeugnissen sub Chiffre ***C 9479.*** bef. die Annoncen-Expedition von ***Rudolf Mosse*** in ***Frankfurt a. M.***

D.592. 2. Gesucht auf 6. April nach Karlsruhe ein tüchtiger

Kutscher,

der zugleich **Diener.** Darf verheirathet sein. Monatlicher Gehalt 43 Gulden, freie Wohnung, Beleuchtung und Heizmaterial.

Frankirte Anmeldungen mit beigelegten Abschriften der Zeugnisse poste restante Karlsruhe A. B. 10.

!! Beamten !!

gewährt **Gelddarlehen zu mäßigen Bedingungen** D.239.4.

Bankhaus Pein & Co. in **Hamburg,**
(H.c.0. 1057) **Böhmkenstraße Nr. 6.**

D.594.2.

Karlsruhe.

In der evangelischen Stadtkirche

Sonntag den 29. März 1874, Abends 6½ Uhr,

zum Vortheil des Unterstützungsfonds für die Wittwen und Waisen des Großh. Hoforchesters

Passions-Musik

nach dem Evangelisten Matthäus von Joh. Seb. Bach,

aufgeführt von dem Philharmonischen Verein, dem Großh. Hoftheaterchor und dem Großh. Hoforchester. Die Soli gesungen von Fräulein J. Schwartz, Fräul. Walter, den Herren Stolzenberg, Hauser, Harlacher und Ludwig.

Orgelbegleitung durch Herrn Musikdirektor Henrici.

Billete

für reservirte Plätze unten in der Kirche . . . . . zu 1 fl. 45 kr.
„ Plätze auf der oberen Gallerie . . . . . „ 1 fl. — kr.
„ nicht reservirte Plätze unten in der Kirche . . . . „ — fl. 42 kr.
„ Plätze auf der unteren Gallerie . . . . . „ — fl. 24 kr.
sowie Texte zu 6 kr.

sind zu haben bis **Samstag den 28. d. M.** bei den Musikalienhandlungen Dört, Frey und Schuster; ferner **Samstag den 28.** und **Sonntag den 29. d. M., Vorm. von 11—1 Uhr** beim Billetabgabebureau des Großh. Hoftheaters, sowie Abends an der Kasse.

Institut Spies, Karlsruhe.

D.618.1. Die Anstalt — besucht von Schülern aus Deutschland, Frankreich, England, Rußland, der Schweiz — bietet gründliche Vorbereitung für die Berufszweige des bürgerlichen Lebens, das Examen der einjährig Freiwilligen 2c. Auf Verlangen werden die Adressen der Eltern bisheriger Schüler und Pensionäre gegeben. — Beginn des Sommersemesters und Aufnahme neuer Pensionäre am 7. April.

Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft.

D.614.

Gegründet 1857.
Statutenmäßiges Grund-Capital: Rmk. 6000000.
Davon begeben: Rmk. 2563500.

Geschäfts-Uebersicht pro 1873.

Einnahme.

	Rmk.	Pfg.
1) Aus 1872 herrührend:		
a) Schaden-Reserve	61367	05
b) Prämien-Reserve	213437	60
2) Aus 1873:		
a) Prämien-Einnahme	732564	84
b) Zinsen und sonstige Einnahmen	21909	07
	1029278	56

Ausgabe.

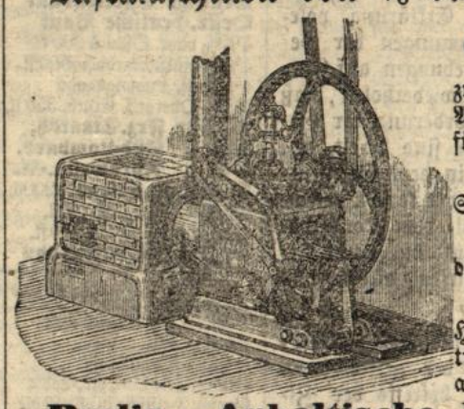
	Rmk.	Pfg.
1) Bezahlte Schäden, abzügl. Antheil der Rückversicherer	262039	94
2) Schaden-Reserve, abzügl. Antheil der Rückversicherer	21212	27
3) Prämien an Rückversicherer	160117	69
4) Ristornirte Prämien	50707	75
5) Sämmtliche Geschäftskosten	185772	71
6) Verluste an Debitoren und Abschreibungen	1713	15
7) Zurückgestellte Prämien-Reserve	236545	26
8) Gewinn	111169	79
	1029278	56

Oldenburg, den 24. März 1874.

Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft.

Der Direktor: **W. Fortmann.** Der Buchhalter: **H. T. Victors.**

Luftmaschinen von ⅛ bis 2 Pferdekraft



(W. Lehmann's Patent)

zum Betriebe von gewerblichen Anlagen, zur Wasserförderung für Gärten und Häuser.

Allein in Berlin gegen 200 Stück im Betriebe.

Ausgezeichnet in Wien mit der **Fortschrittsmedaille.**

Geräuschloser Gang, bequeme Handhabung, gefahrloser Betrieb, ohne Concession überall aufzustellen. D.298.4.

Berlin - Anhaltische Maschinenbau-Actiengesellschaft. Berlin, Moabit N. W. (H.11103).

Fortschrittsmedaille Wien 1873.

D.321.5.

Preismedaille London 1862.

W. Spindler,

Berlin.

Preismedaille Paris 1867.

Färberei, Druckerei und Reinigungsanstalt für Herren- und Damen-Garderobe

empfiehlt sich bei Beginn der Frühjahrssaison zu allen in diese Branche einschlagenden Arbeiten.

Annahme für

Karlsruhe in Baden
Ludwig Oehl
Langestraße 177.

(H 11169)

D.623.1. (H 7905) Stuttgart.

Pferdemarkt.

Der Stuttgarter Pferdemarkt findet in diesem Jahre am **20. und 21. April** statt.

Während desselben wird eine Anzahl edler Pferde aus den Gestüten und den Marställen Seiner Majestät des Königs, sowie eine Anzahl zum Theil jüngerer Pferde aus den K. Landesgestüten zum Verkauf kommen.

Die K. Eisenbahndirektion hat für den Transport der Pferde nach Stuttgart vom 16. bis 21. April und den Transport aus Stuttgart vom 20. bis 28. April einschließlich auf den K. württ. Staatseisenbahnen eine Begünstigung dadurch gewährt, daß in denjenigen Fällen, in welchen Pferde auf gewöhnlichen Güterwegen (nicht aber auch auf Pferdestallwagen) zur Beförderung mit **Personenzügen** aufgegeben werden und Betriebsrücksichten die Beförderung mit diesen Zügen im einzelnen Falle nicht unzulässig machen, auf den für diese Beförderungsweise vorgeschriebenen Taxzuschlag von 50 Prozent der gewöhnlichen, auf die Benützung der Güterzüge berechneten Taxe verzichtet wird.

Ueber die Dauer des Pferdemarktes wird eine Marktzeitung ausgegeben, welche den Pferdehändlern und Gewerbetreibenden zur Benützung empfohlen wird; Inserate für dieses Blatt vermittelt das Marktmeisteramt und die Redaktion der Bürgerzeitung dahier.

Den 16. März 1874.

Der Gemeinderath.

D.568. 3. Ein solider

Zimmerkellner

mit Sprachkenntnissen, der gute Zeugnisse beibringen kann, findet sehr einträgliche Jahresstelle in einem Hotel. Der Eintritt kann sogleich stattfinden. Das Nähere bei der Expedition dieses Blattes.

Gesucht

eine **Bierbrauerei-Einrichtung,** der Kessel 5—6 Ohm haltend, das weitere von entsprechender Größe. Offerten befördert unter F. F. die Expedition d. Bl. D.583.2.

D.585. 2. Wolfach.

Kellner-Gesuch.

Einen guten Kellner, versehen mit den entsprechenden Certifikaten, sucht zu sofortigem Eintritt,

Wolfach i. K., 24. März 1874.
Eberhard zum Salmen.

Stelle-Gesuch.

Ein solider tüchtiger **Bureau-Gehilfe,** welcher schon längere Zeit bei einem Anwalt beschäftigt war, mit guten Zeugnissen, sucht per 1. April hier Engagement. Offerten unter W. W. an die Expedition dieses Blattes. D.629.

D.630. 1. Karlsruhe.

Reitpferd-Verkauf.

Ein schönes, gut gerittenes, militärfrommes, sehr kräftiges Pferd (Braunstute) ist in Karlsruhe zu verkaufen.

Näheres bei der Expedition d. Blattes.

D.600. 2. Weingarten.

Gasthof-Verkauf.

Familienverhältnissen wegen bin ich gesonnen, meinen Gasthof zum Lamm dahier, bestehend aus einem zweistöckigen Haupt- und zwei Nebengebäuden, ersteres zu ebener Erde hat 5 Gastzimmer, im zweiten Stock 10 Zimmer; ferner Hintergebäude, in welchem eine Brauerei eingerichtet werden könnte, zu verkaufen, und zwar unter sehr billigen Bedingungen.

Weingarten, den 20. März 1874.
Juliane Benzinger Wittib.

D.590. 3. Heidelberg.

Stammholz-Versteigerung.

Aus dem Heidelberger Stadtwalde: Abtheil. 17 „Roßbrunnenhöhe", Abth. 15 a „Drachenhöhle" und Abth. 14 „Hohekreuzschlag" werden am

Dienstag den 31. d. M.,
Vormittags 9 Uhr,

auf dem Rathhause dahier

245 Eichstämme (darunter mehrere Holländerstämme) und
4 Buchstämme

öffentlich versteigert.

Heidelberg, den 23. März 1874.
Das Bürgermeisteramt.
J. A. d. B.
G. Trübner.

Ruhrkohlen

zu herabgesetzten Preisen bei

Franz Schunck & Co.
D.606.2. in **Mannheim.**

D.518.3. Langensteinbach.

Vergebung von Bauarbeiten.

Die bei Erbauung eines Schulhauses dahier vorkommenden Bauarbeiten werden im Wege schriftlicher Soumissionsangebote im Einzelnen in Akkord gegeben.

Der Kostenanschlag beträgt für

1. Maurerarbeit	12325 fl. 52 kr.
2. rothe Steinhauerarbeit	1548 fl. 10 kr.
3. weiße (gelbliche) Steinhauerarbeit	1135 fl. 39 kr.
4. Zimmerarbeit	3319 fl. 32 kr.
5. Schreinerarbeit	2333 fl. 11 kr.
6. Glaserarbeit	816 fl. 58 kr.
7. Schlosserarbeit	998 fl. 28 kr.
8. Blechnerarbeit	565 fl. 50 kr.
9. Tüncherarbeit	629 fl. 13 kr.

Angebote hierauf sind versiegelt und mit entsprechender Adresse versehen, längstens bis zum

Montag den 30. d. M.,
Nachmittags 2 Uhr,

bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Später einkommende Angebote bleiben unberücksichtigt.

Nähere Auskunft kann inzwischen bei dem Bezirks-Bautechniker, Hrn. Werkmeister Altfelix in Durlach, erhoben werden.

Planzeichnungen und Kostenberechnung liegen auf dem Rathhause dahier zur Einsicht auf.

Langensteinbach, den 20. März 1874.
Gemeinderath.
Schmidt, Bürgermeister.
vdt. Ried, Rathschreiber.

Verm. Bekanntmachungen.

D.605. Stockach.

Gläubigeraufforderung.

In Folge richterlicher Verfügung werden

Montag den 13. April l. J.,
Nachm. 2 Uhr,

die den Friedrich Binder's Eheleuten von Zizenhausen gehörigen Liegenschaften einer öffentlichen Versteigerung in Zizenhausen ausgesetzt und als Eigenthum endgiltig zugeschlagen, wenn wenigstens der Schätzungspreis erreicht wird.

Dies wird dem an unbekannten Orten sich aufhaltenden Gläubiger Johann Sauter, früher Wirth in Zizenhausen, mit der Aufforderung bekannt gemacht, bis spätestens zur Versteigerungstagfahrt seine Forderung anzumelden, widrigenfalls er bei der Verweisung des Erlöses nicht berücksichtigt werden könnte.

Stockach, den 23. März 1874.
Alb. Riggler, Referendär.
Dienstverweser des Not. Distr. Stockach I.

D.632. Heidelberg.

I. Liegenschafs-Versteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung wird

Mittwoch den 8. April d. J.,
Nachmittags 1 Uhr,

auf der Rathhaus-Kanzlei zu Sandhausen das zur Gantmasse des Bäckers und Krämers Jakob Gembe in Sandhausen gehörige

einstöckige Wohnhaus mit Schweinstall, Hausplatz, Hof und Garten, oben im Ort, an der Straße nach Walldorf, neben Kreuzsteingasse u. Georg Willnauer, taxirt . . . . . 1800 fl.

öffentlich zu Eigenthum gegen Baar- und Terminzahlung versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungswerth oder mehr geboten wird.

Heidelberg, den 4. März 1874.
Großh. Vollstreckungsbeamter:
Schultheis, Notar.

D.628. Nr. 3065. Eberbach. Die Aktuarsstelle bei diesseitigem Amtsgericht ist auf 1. Mai l. J. zu besetzen. Ständiger Gehalt 570 fl.

Eberbach, den 23. März 1874.
Großh. bad. Amtsgericht.
E. von Stockhorn.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.